

14. Dezember 2016

Verschärfter Emissionsrechtehandel bedroht die Stahlindustrie in Deutschland und Europa

Eine Milliarde Euro zusätzliche jährliche Kosten für die Stahlindustrie und der Verlust von 380.000 Arbeitsplätzen in der gesamten Wirtschaft. Diese Folgen drohen laut einer Prognos-Studie allein in Deutschland, wenn die von der europäischen Politik diskutierten Verschärfungen des Emissionsrechtehandels ab 2021 Wirklichkeit werden. Aktuell befasst sich mit dem Thema der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments. Am 15. Dezember soll dazu in Straßburg abgestimmt werden.

„Mit einem Emissionsrechtehandel, der die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Stahlindustrie untergräbt, werden Arbeitsplätze vernichtet und der Umwelt kein Gefallen getan. Die Politik sollte keine Hürden aufbauen in Form von nicht erreichbaren Anforderungen. Das nützt allein außereuropäischen Herstellern mit einer wesentlich schlechteren CO₂-Bilanz“, appelliert Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl, an die Abgeordneten im Europäischen Parlament. Europaweit gehe es um die Zukunft von 320.000 Stahl-Arbeitsplätzen und weitere 1,5 Millionen in Zuliefererbranchen.

Die Gemeinschaftsorganisationen im Stahl-Zentrum in Düsseldorf vertreten rund 99 Prozent der Rohstahlproduktion in Deutschland und auch viele europäische Stahlerzeuger. Zur Stahlindustrie in Deutschland gehören etwa 70 Unternehmen und rund 90.000 Mitarbeiter.
Weitere Informationen finden Sie unter: www.stahl-online.de

Rückfragen
Klaus Schmidtke
Leiter Öffentlichkeitsarbeit

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Sohnstraße 65
40237 Düsseldorf

Fon +49 (0) 211 67 07-115 oder -116
Fax +49 (0) 211 67 07-676
Mail klaus.schmidtke@stahl-zentrum.de